

### Wahlbeobachtung bei den Präsidentenwahlen in Tschetschenien

Schwanitz, Simone; Fahrner, Andreas Ralf

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schwanitz, S., & Fahrner, A. R. (1997). *Wahlbeobachtung bei den Präsidentenwahlen in Tschetschenien*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 12/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46825>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Wahlbeobachtung bei den Präsidentenwahlen in Tschetschenien

### Zusammenfassung

Die Wahl des verhandlungserfahrenen und als Pragmatiker geltenden Aslan Maschadow zum Präsidenten der "Tschetschenischen Republik Itschkerija" kennzeichnete den Willen der tschetschenischen Bevölkerung nach 21 Monaten Krieg, sich mit Moskau auf dem Weg von Verhandlungen auseinanderzusetzen und eine Phase des Wiederaufbaus in dem hochgradig kriegsgeschädigten Land einzuleiten. Die Stimmungslage in Tschetschenien verhindert jedoch, die Frage der Unabhängigkeit zum Gegenstand der Suche nach Kompromißlösungen zu machen. In der Kaukasusrepublik dominiert die Überzeugung, durch den "Sieg" in der bewaffneten Auseinandersetzung gegen Moskau die Sezession bekräftigt zu haben. Der neu gewählte Präsident steht vor erheblichen Herausforderungen, die von der Wiederbelebung der tschetschenischen Wirtschaft bis zur Unterordnung der Feldkommandeure unter die Exekutivgewalt in Grosny reichen.

### Vorgeschichte der Wahlen

Die unmittelbare Vorgeschichte der Wahlen geht bis zu jener Wende zurück, die im August 1996 in dem bereits über 20 Monate währenden Krieg zwischen der Bundesgewalt und der von Rußland abtrünnigen Republik durch die Offensive tschetschenischer Kampfverbände gegen die Hauptstadt Grosny erzielt wurde. Sie umfaßt die Verhandlungen zwischen der russischen Regierung und der Führung der "Tschetschenischen Republik Itschkerija", die vor allem von den beiden Protagonisten des Friedensprozesses, von Alexander Lebed auf russischer und von Generalstabschef Maschadow auf tschetschenischer Seite, geführt wurden. Am Beginn dieses Prozesses stand die von Lebed und Maschadow am 31. August 1996 in Chassawjurt unterzeichnete "Gemeinsame Erklärung", die den Waffenstillstand, den partiellen Truppenrückzug sowie die Einrichtung einer "Gemeinsamen Kommission" beinhaltet, dabei aber die Regelung der Statusfrage Tschetscheniens bis zum 31. Dezember 2001 vertagt.<sup>2</sup>

Im November 1996 einigte sich die Gemeinsame Kommission auf die Durchführung von Palaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar 1997. Die Entlassung Lebeds aus seinen politischen Ämtern

<sup>1</sup> Vgl. NG, 3.9.1996.

<sup>2</sup> Das Abkommen wurde von den nationalistischen und kommunistischen Kräften als "Kapitulationserklärung" heftig kritisiert. Der russische Innenminister Kulikow sprach von "der Erfindung der militärischen Niederlage der russischen Truppen". ITAR-TASS, 7.10.1996.

und der Führungsspitze im Kreml am 17. Oktober 1996 und die Ernennung Iwan Rybkins zum Sekretär des Sicherheitsrats führte zu keiner Änderung des von Lebed eingeschlagenen Wegs in der russischen Tschetschenienpolitik. Am 23. November verfügte Jelzin per Dekret den vollständigen Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien, der am 5. Januar 1997 abgeschlossen wurde.

### Die Durchführung der Wahlen

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 27. Januar 1997 fanden in einer äußerst unsicheren Situation statt, die unter anderem von folgenden Problemen geprägt war:

- Die politisch und wirtschaftlich motivierten Geiselnahmen und Tötungsdelikte<sup>3</sup> bedrohten die fragile Stabilität in Tschetschenien. Entgegen den Anweisungen Maschadows erklärte der Feldkommandeur Radujew, er werde den Krieg gegen Moskau fortsetzen und eröffnete damit die Aussicht auf ein Afghanistan-Szenario.
- Die tschetschenische und die russische Interpretation der Chassawjurt-Verträge sowie der Bedeutung der Wahlen waren völlig konträr. Die Tschetschenen bewerteten die Wahlen als den Abschluß ihrer erfolgreichen Sezession von Moskau, während die Kreml-Führung davon ausging, daß es sich um Wahlen in einem der 89 Föderationssubjekte der Russischen Föderation handele.<sup>4</sup>
- Angesichts der Zerstörungen durch den 21monatigen Krieg, der schwer beschädigten Infrastruktur sowie der nur in Ansätzen vorhandenen politischen Institutionen herrschte selbst innerhalb der OSZE kein Konsens darüber, ob zu diesem Zeitpunkt Wahlen überhaupt möglich seien.

Gegen diese Bedenken setzte sich der Leiter der OSZE-Mission in Tschetschenien, der Schweizer Tim Guldumann, durch. Er war der Meinung, daß es zur Stabilisierung der Lage in Tschetschenien dringlichst neuer, intern und extern anerkannter Machtorgane bedürfe, die dann die vordringlichen Probleme und die Verhandlungen mit Moskau in Angriff nehmen könnten.

### Die Vorwahlperiode

Mit den ersten freien Wahlen in der von Rußland abtrünnigen Republik sollte in der Erwartung der Tschetschenen der Präsident eines unabhängigen Staates eingesetzt werden. Die hohe Wahlbeteiligung – sie lag bei 79,4%<sup>5</sup> – ist besonders auf diese Erwartung zurückzuführen. Bestärkt wurden die Wähler in ihrer Annahme, parallel zum neuen Präsidenten auch für die Unabhängigkeit zu stimmen, durch die Anwesenheit der internationalen Wahlbeobachter im Auftrag der OSZE, obwohl Tim Guldumann wiederholt klargestellt hatte, daß die Frage des Status der Republik in keiner Weise mit den Wahlen verknüpft sei.

Alle Präsidentschaftskandidaten unterstrichen in ihrem Wahlkampf die Unabhängigkeitsbehauptung Tschetscheniens. Die vier aussichtsreichsten Kandidaten waren Aslan Maschadow, der Generalstabschef der tschetschenischen Truppen, Schamil Bassajew, der wohl prominenteste Feldkommandeur, der weltweit durch die Geiselnahme in Budjonnowsk im Sommer 1995 bekannt geworden war und der von den russischen Behörden als Terrorist zur Fahndung ausgeschrieben ist, Mowladi Udugow, der erfolgreiche Pressechef der Sezessionsregierung, und Selimchan Jandarbijew, der als Chefideologe und Stellvertreter Dudajews nach dessen Tod im April 1996 das Präsidentenamt bekleidete. Jandarbijew hatte trotz des Vorteils des Amtsinhabers kaum Chancen, gewählt zu werden, da er nicht aktiv am Krieg teilgenommen hatte. In der Zeit des Wahlkampfs versuchte man, eine

<sup>3</sup> Trauriger Höhepunkt war die Ermordung von sechs internationalen Mitarbeitern des IKRK in Nowije Atagi am 17.12. 1997.

<sup>4</sup> Nach Angaben von INTERFAX vom 15.2.1997 übergab Iwan Rybkin Präsident Maschadow ein Jak-40 Flugzeug, wie es jedem Leiter der Exekutivgewalt eines Föderationssubjektes zusteht.

<sup>5</sup> OMRI DAILY DIGEST, Vol. 3, No. 23, 3.2.1997.

Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten zu erzielen und verzichtete auf offene Auseinandersetzungen. Mit dieser Praxis brach allerdings Schamil Bassajew, der kurz vor der Wahl lautstark monierte, daß alle seine Gegenkandidaten "Gauner" seien, mit denen er auf keinen Fall zusammenarbeiten werde.<sup>6</sup>

Jandarbijew spielte im Wahlkampf seine Vorteile als amtierender Präsident aus. Er instruierte alle Regierungsbeamten, für ihn Wahlkampf zu betreiben, und entließ die Anhänger Maschadows aus den Verwaltungsämtern. Ferner beschuldigte er den Kandidaten Maschadows für die Vize-Präsidentschaft, Awacho Arsanow, Geiseln gefangen zu halten.<sup>7</sup> Schamil Bassajew führte einen offenen Wahlkampf. Der 32jährige Feldkommandeur appellierte vor allem an die junge Wählerschaft. Er setzte sich für einen kompromißlosen Kurs gegenüber der Russischen Föderation ein und forderte die sofortige Anerkennung der Souveränität Tschetscheniens von der internationalen Gemeinschaft.<sup>8</sup> Maschadow hielt sich während des Wahlkampfs weitgehend im Hintergrund.

Alle Kandidaten machten deutlich, daß sie für die Unabhängigkeit Tschetscheniens eintreten wollten. Dabei argumentierten sie, das Land sei bereits seit der per Dekret am 1. November 1991 verkündeten Gründung einer "Tschetschenischen Republik" von Rußland unabhängig und habe danach weder an dem Föderationsvertrag von 1992 noch an dem Referendum zur russischen Verfassung im Dezember 1993 teilgenommen. Weiter setzten sich alle Kandidaten für die Institutionalisierung islamischer Prinzipien ein, wobei sie bezüglich der "Islamisierung" von Staat und Gesellschaft allerdings völlig unterschiedliche und oft nur vage Vorstellungen vertraten.

## Der Wahltag

Am 27. Januar 1997 waren alle Einwohner der Tschetschenischen Republik, die älter als 17 Jahre waren, aufgerufen, das Parlament (63 Abgeordnete) und den Präsidenten zu wählen. Die Kandidaten sowohl für das Parlament als auch für das Amt des Präsidenten traten in der überwiegenden Mehrheit unabhängig von Parteilisten an. Gewählt wurde unter den Augen der internationalen Öffentlichkeit. Zu diesem Zweck waren insgesamt 72 internationale Wahlbeobachter über die ganze Republik verteilt worden, die einen großen Teil von 423 Wahllokalen in den 63 Wahlkreisen besuchten. Die Autoren besuchten Atschchoj-Martan und Schatoj.

In Atschchoj-Martan, einer Kleinstadt mit etwa 20.000 Einwohnern, eineinhalb Autostunden südwestlich von Grosny gelegen, verlief die Wahl ohne größere Vorkommnisse. Die Mitglieder der Wahlkommissionen waren, gemessen an den äußerst eingegengten Organisationsmöglichkeiten, gut vorbereitet. Sie waren mit der Wahlgesetzgebung vertraut und hatten nur bei detaillierten Verfahrensfragen einige Wissenslücken, was aber in keinem der beobachteten Fälle zu dem Verdacht der Wahlfälschung führte.

In dem Gebirgsort Schatoj, der während des Krieges heftigen Kämpfen ausgesetzt war, führten die infrastrukturellen Probleme<sup>9</sup> sowie die teilweise eingeschränkte Kenntnis demokratischer Wahlverfahren<sup>10</sup> zu Unregelmäßigkeiten, die jedoch ebenfalls nicht den Verdacht auf Manipulation aufwarfen.

<sup>6</sup> P. Rutland, The Significance of the Chechen Elections, OMRI Analytical Briefs, Vol. 1, No. 530, 22.1.1997.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Auf Grund der schlechten Verbindung zu den Wahllokalen in den höheren Lagen erfuhren mehrere Wahlkommissionen nicht, daß die Öffnungszeit von 20:00 auf 22:00 verlängert wurde und schlossen deshalb zwei Stunden zu früh. Die räumliche Enge in einigen Wahllokalen erschwerte es, insbesondere bei der Stimmenauszählung, den Überblick über das Verfahren zu wahren.

<sup>10</sup> Beispielsweise wurden in einem Wahllokal des Rajons Schatoj die Stimmzettel erst nach dem Besuch der Wahlkabine gestempelt. Dies führte dazu, daß viele Wähler, bevor sie ihren ausgefüllten Stimmzettel in die Urne warfen, diesen offen dem hierzu eingeteilten Wahlhelfer präsentierten.

Die Atmosphäre, in der die Wahlen stattfanden, war von einer gedämpften Hoffnung auf eine bessere Zukunft bestimmt. Um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, nahmen es viele Menschen auf sich, in den Hauptzeiten bis zu einer Stunde auf ihre Stimmabgabe zu warten. Die besonders in den Morgen- und Mittagsstunden nahezu chaotischen Zustände in einzelnen Wahllokalen waren in erster Linie auf die beschränkten Räumlichkeiten zurückzuführen. Dann drängten sich manchmal bis zu 70 Wähler in Wahllokalen, die kleiner als 30 m<sup>2</sup> waren. Bemerkenswert war dabei, wie gelassen die tschetschenische Bevölkerung auf die beschriebenen Umstände reagierte. In keinem der besuchten Wahllokale regte man sich übermäßig über die zwangsläufig auftretenden Organisationsmängel auf. Alle Beteiligten waren an einem guten Gelingen der Wahlen interessiert und ließen sich durch kleinere Mißgeschicke nicht aus der Ruhe bringen. Ein herausragendes Beispiel dafür waren die Wähler vor einem Wahllokal in Atschchoj-Martan. Das Kulturhaus, so die euphemistische Bezeichnung für die Räumlichkeit, verfügte am Wahltag nicht wie versprochen bereits um 6 Uhr über elektrischen Strom, sondern erst ab 8.35 Uhr, also eineinhalb Stunden nach der offiziellen Öffnungszeit der Wahllokale. Da es keinen ausreichenden Vorrat an Kerzen oder batteriebetriebenen Lampen gab, konnte das Wahllokal erst mit entsprechender Verspätung geöffnet werden. Die Wähler hatten in der ganzen Zeit geduldig vor der Tür bei eisiger Kälte ausgeharrt.

Ein besonderes Problem stellten die tschetschenischen Flüchtlinge in den übrigen Föderationssubjekten der Russischen Föderation dar. Moskau forderte, auch außerhalb des tschetschenischen Territoriums müßten Wahlurnen aufgestellt werden. Dieses Ansinnen lehnte der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Tschetscheniens, Mumaddi Sajdajew, jedoch auf Grund der mangelnden Kontrolle über den Wahlvorgang ab. Nur der Nachbarrepublik Inguschien erlaubte es die tschetschenische Wahlkommission, vereinzelt Wahlurnen aufzustellen, um dort ansässige Flüchtlinge aus Tschetschenien an der Wahl zu beteiligen. Für die übrigen Flüchtlinge organisierten die tschetschenische Zentrale Wahlkommission und die OSZE-Mission in Grosny einen Buspendelverkehr.

## Die Situation nach den Wahlen

Der 45jährige Ex-Generalstabschef und Premierminister Aslan Maschadow<sup>11</sup> konnte die Wahlen mit 59,3% der Stimmen bereits nach dem ersten Wahlgang für sich entscheiden. Seine aussichtsreichsten Gegenkandidaten, Schamil Bassajew (23,5%) und der amtierende Präsident Jandarbijew (10,1%) waren deutlich abgeschlagen.<sup>12</sup> Seinen Wahlsieg soll Maschadow vor allem Wählern mit höherer Bildung und Frauen verdanken. Die stärkste Unterstützung erfuhr er dabei aus der Gegend um Grosny.<sup>13</sup> Die warnenden Worte Moskaus hatten möglicherweise den Ausschlag für den gemäßigten Kandidaten gegeben. Viele Wähler gaben an den Wahlurnen an, daß ihnen eigentlich Bassajew näher stünde und er den resoluteren Präsidenten abgeben würde, aber daß man eine Entscheidung der Vernunft treffen müsse, und diese falle zugunsten Maschadows aus, der sein Verhandlungsgeschick schon bei der Unterzeichnung des Vertrags von Chassawjurt bewiesen habe. Das offizielle Moskau begrüßte die Wahl Maschadows einhellig.<sup>14</sup>

<sup>11</sup> Maschadow absolvierte eine militärische Ausbildung an der Artillerie-Akademie von Tbilissi und der Militärakademie in Leningrad. Danach diente er auf verschiedenen Posten in der sowjetischen Armee, auch im Auslandseinsatz. 1992 trat er in die Armee der kurz zuvor gegründeten Republik Tschetschenien ein und wurde 1993 deren Generalstabschef. Von 1996 bis zum Januar 1997 hatte er den Posten des Regierungschefs inne. Er war an den meisten Verhandlungen mit Rußland beteiligt und unterzeichnete das Abkommen von Chassawjurt sowie das Abkommen über Prinzipien der Beziehungen zwischen den Regierungen der Russischen Föderation und der Tschetschenischen Republik vom 23.11.1996.

<sup>12</sup> OMRI DAILY DIGEST, No. 23, Part I, 3.2.1997.

<sup>13</sup> L. Belin, Maskhadov Elected President in Chechnya, OMRI Russian Regional Report, Vol. 2, No. 4, 29.1.1997.

<sup>14</sup> RIA, russischer Nachrichtendienst, 30.1.1997 und D. Kamyšev, V Moskve rady o pobede Maschadova, in: Kommersant-daily, Elektronnaja versija, 31.1.1997, OMRI DAILY DIGEST, Vol. 3, No. 23, 3.2.1997 und R. Neverov in Kommersant-daily, Elektronnaja versija, 1.2.1997.

**Entwicklungsperspektiven:**

Präsident Maschadow, dessen Name vor allem für Pragmatismus und Verhandlungskompetenz steht, sieht sich nach der Wahl mit erheblichen internen und externen Herausforderungen konfrontiert, deren Lösung kaum zeitlichen Aufschub duldet.

Die Verhinderung eines Afghanistanszenarios setzt voraus, daß Maschadow das durch die Clan-Struktur und eine Nord-Süd-Spaltung<sup>15</sup> zerrissene Land hinter seiner Führerschaft eint. Unterschiedliche Auffassungen herrschen insbesondere über die Verhandlungen mit der Russischen Föderation in der Statusfrage<sup>16</sup>, der Umsetzung des islamischen Rechts (Scharia)<sup>17</sup> und den Wiederaufbauhilfen, die Moskau der Tschetschenischen Republik zahlen soll. Maschadow könnte sich in diesen Fragen kurzfristig zu einer unnachgiebigeren Haltung gedrängt sehen, da er den Kräften, die zu ihm in Opposition stehen, keinen Vorwand präsentieren will, ihn als Verräter der Unabhängigkeitsideale zu brandmarken. Die von ihm am 16. Februar vorgenommene Ämterkonzentration – neben dem Präsidentenamt bekleidet Maschadow zusätzlich die Position des Premier- und Verteidigungsministers – darf angesichts der den einzelnen Feldkommandeuren unterstehenden Truppen nicht automatisch mit einer Machtkonzentration gleichgesetzt werden. Eine zentralisierte Staatsgewalt, deren Sanktionsmechanismen in sämtliche Teile der Republik reichen, muß Maschadow gegen mannigfache Widerstände erst noch durchsetzen.

Daneben besteht die wesentliche Aufgabe Maschadows darin, die vom Krieg zerstörte Infrastruktur Tschetscheniens wieder aufzubauen sowie Arbeitsplätze für die ehemaligen Kämpfer und die Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum zu schaffen. Die Verhinderung eines intra-tschetschenischen Konflikts stellt hierfür eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Voraussetzung dar. Diese muß ergänzt werden durch:

- die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zwischen Tschetschenien und den übrigen Föderationssubjekten der Russischen Föderation;
- die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Tschetschenien, die wirtschaftlich Erfolgreiche mit Geiselnahme bedroht und mit Schutzzöllen unter Druck setzt;

<sup>15</sup> Der Kampf wurde hauptsächlich von den südlichen Gebirgsvölkern getragen und weniger von den Bewohnern des nördlichen Flachlands. Die Umbenennung Tschetscheniens in "Tschetschenische Republik Itschkeria", im Januar 1994 belegt dies. "Itschkeri" bezeichnet eine der südlichen Gebirgsregionen.

<sup>16</sup> Die positive Aufnahme des Wahlergebnisses in Moskau setzt Maschadow der Gefahr aus, "Applaus von der falschen Seite" zu bekommen. Die unversöhnliche Haltung Jandarabijews und Radujews gegenüber der Russischen Föderation muß Maschadow in sein Verhandlungskalkül mit Moskau einbeziehen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die von Rybkin und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten, Udugow, geführten Verhandlungen über den Status Tschetscheniens zu einem raschen Erfolg führen, ist deshalb gering.

<sup>17</sup> Das islamische Recht wurde bisher nur bruchstückhaft eingeführt. Auf Grund der auf tribalem Gewohnheitsrecht basierenden Traditionen der Tschetschenen wird der Islam wohl kaum in einer "fundamentalistischen" Form vorherrschen. So ist z.B. die Stellung der Frauen in Tschetschenien eine andere als in streng islamischen Gesellschaften. In den beobachteten Wahlkommissionen waren in der Regel Frauen vertreten, deren Organisationstalent für die Durchführung der Wahlen von erheblicher Bedeutung war.

- den Aufbau friedlicher Beziehungen zwischen Tschetschenien und den angrenzenden Föderationssubjekten (Inguschetien, Nord-Ossetien, Stawropol, Dagestan)<sup>18</sup> sowie den GUS-Staaten Georgien und Aserbaidschan.

Dieser Aufgabenkatalog verdeutlicht zugleich, welche formellen und informellen Einflußmöglichkeiten der Kremlführung in den Verhandlungen um den Status der "Tschetschenischen Republik Itschkerija" offenstehen. Doch die tschetschenische Seite hat gewisse Trumpfkarten im Verhandlungsprozeß. Sie kann vor allem ihre Position in der kaukasisch-kaspischen Erdöl-Logistik nutzen. Die Erdölvorkommen,

---

<sup>18</sup> Das regionale Konfliktpotential, das durch das Erbe der willkürlichen sowjetischen Nationalitäten- und Gebietspolitik im Nordkaukasus verschärft wurde, droht besonders an der Grenze zwischen Tschetschenien und der Region (kraj) von Stawropol zu eskalieren. Der Ataman der Terekkosaken, Alexander Woloschin, forderte die tschetschenischen Bezirke Naurskij und Schelkowskij als altes "Kosakenland" für die Region Stawropol zurück, aus der sie an die 1957 wiederhergestellte Tschetscheno-inguschische ASSR übertragen worden waren (NG, 18.1.1997). Im Januar 1997 verhandelte der Stellvertretende Sekretär des Sicherheitsrats, Beresowskij, mit den Kosaken Stawropols und im Februar dieses Jahres unterzeichnete Jelzin ein Dekret, das die Aufnahme der Kosakenverbände am Terek, in Transbaikalien und Sibirien in den Staatsdienst (Verteidigungsministerium, Innenministerium, föderaler Grenzdienst) anordnete. Der Grenzverlauf mit Inguschetien ist noch nicht geklärt und die dagestanische Führung fürchtet, die in der eigenen Republik lebenden Tschetschenen könnten den Anschluß an das "islamische Tschetschenien" verlangen.

die Raffinerien und vor allem die durch Tschetschenien verlaufenden Pipelines erhöhen die Bedeutung der abtrünnigen Republik, nachdem der südliche Kaukasus durch den Zerfall der UdSSR dem von Moskau kontrollierten Staatsgebiet entglitten war, und stärken angesichts der Finanzinteressen der Kremlführung die tschetschenische Verhandlungsposition.<sup>19</sup> Freilich bildet die formelle Bestätigung der Sezession Tschetscheniens aus dem russischen Staatsverband für die russische Politik keinen Gegenstand der Verhandlungen.<sup>20</sup> Die Verhandlungsdelegation unter Führung des Sekretärs des Sicherheitsrats, Rybkin, versucht derzeit, die Kompromißbereitschaft Grosnys in der Statusfrage durch potentielle Wirtschaftshilfen zu erkaufen. Sein Verhandlungspartner auf tschetschenischer Seite, der ehemalige Pressechef und heutige Minister für auswärtige Angelegenheiten, Mowladi Udugow, signalisierte aber bereits, daß ein solches Geschäft nicht zustande kommen werde.

Die Wahlen in Tschetschenien können als ein Symbol für den Anfang einer neuen Ära für die Tsche-tschenische Republik Itscherija gewertet werden. Sie allein schaffen weder ein demokratisches System noch tragen sie wirklich zur Lösung der dringlichsten Probleme der Kaukasusrepublik bei. Diese können nicht allein durch Verträge abgesichert werden. Noch wichtiger als der Abschluß eines Vertrags zwischen Grosny und Moskau ist die Erkenntnis, daß Dogmatismus und Eskalationsbereitschaft keine Basis für ein künftiges Miteinander sein können – ob nun Tschetschenien als Bestandteil der Russischen Föderation oder als ihr Nachbar zu betrachten ist.

Simone Schwanitz/Andreas Fahrner

Simone Schwanitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Andreas Fahrner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bundeswehrhochschule München.

Redaktion: Uwe Halbach

---

<sup>19</sup> Hierzu der russische Innenminister Kulikow in Moskovskie novosti, No. 38, 8.-15.9.1996: "Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland vom transkaukasischen Öl abgeschnitten wird - zumindest müssen wir das einkalkulieren."

<sup>20</sup> Der stellvertretende russische Außenminister Possuwaljuk verkündete in INTERFAX, 26.1.1997 eine "russische Hallstein-Doktrin", in der er eine Anerkennung Tschetscheniens durch einen Drittstaat als unfreundlichen Akt gegenüber der Russischen Föderation einstufte.